

## Staat und Religion im Wandel

### Interview mit dem Vorsitzenden der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans, Muchiddin Kabiri<sup>1</sup> über die Lehren des tadschikischen Bürgerkriegs, neue Protestformen und die Radikalisierung von Arbeitsmigranten

Muchiddin Kabiri ist Vorsitzender der Partei der Islamischen Wiedergeburt – der einzigen legalen islamisch-religiösen Partei Zentralasiens. 1965 geboren, hat er zunächst Landwirtschaftsökonomie studiert und später Orientalistik. In dieser Zeit knüpfte er Kontakte zu den Führern der islamischen Bewegung in Tadschikistan. Während eines Studienaufenthalts in Jemen Anfang der 1990er Jahre begann er sich eingehend mit dem Islam auseinanderzusetzen. Während des Bürgerkriegs in Tadschikistan (1992–1997) studierte er an der russischen Diplomatischen Akademie in Moskau. 1997 kehrte er auf Einladung von Said Abdullo Nuri – des damaligen Vorsitzenden der Partei der Islamischen Wiedergeburt – nach Tadschikistan zurück und ist seitdem in der tadschikischen Politik aktiv. Seit dem Tod von Nuri im Jahr 2006 ist er der prominenteste tadschikische Oppositionspolitiker.<sup>2</sup>

Als erstes würde ich gerne auf den vergangenen »heißen Herbst« in Tadschikistan eingehen. Das Land wurde von einer Reihe besorgniserregender Ereignisse erschüttert – da gab es die Flucht mehrerer Dutzend Islamisten aus dem Gefängnis in Duschanbe, bewaffnete Auseinandersetzungen im Gharm-Tal, die zahlreiche Opfer nach sich zogen, den Selbstmordanschlag in Chudschand. Stellen diese Ereignisse eine tatsächliche Bedrohung für die Stabilität Tadschikistans dar?

Natürlich. Wenn man sagen würde, dass diese Ereignisse keine Bedrohung der Stabilität darstellen, hieße das, die Augen vor den existierenden Problemen zu verschließen. Die Stabilität bleibt auch weiterhin bedroht, obwohl die Regierung von Tadschikistan und die Bevölkerung alles daran setzen, das Ausmaß der Bedrohung zu verringern. Aber die Bedrohung bleibt bestehen und viele Faktoren begünstigen sie – innere wie auch äußere. Zu den äußeren Faktoren zählt die Situation in Afghanistan, die immer unverständlicher wird und sich jeder Prognose entzieht. Auch sonst gibt es in der Region viele ungelöste Fragen, insbesondere auf zwischenstaatlicher Ebene. Vor allen Dingen geht es hier um die Aufteilung der Wasser- und Energievorräte: Die Integrationsprozesse laufen entweder sehr langsam ab oder sind vollständig zum Stehen gekommen. Möglicherweise begünstigen bestimmte äußere Kräfte eine solche Situation in Tadschikistan. Und es gibt auch innere Faktoren – Arbeitslosigkeit, Korruption, wirtschaftlicher Stillstand, hinzu kommt noch die Finanzkrise.

Was uns jedoch ganz besonders beunruhigt, ist die Tatsache, dass sich das Verhältnis zwischen Staat und Religion in einigen Aspekten gewandelt hat. In meinen Augen durchlebt das Verhältnis zwischen Staat und Religion in diesem Augenblick seine schwerste Zeit. Noch nie, nicht einmal während des Bürgerkriegs, hatten wir ein so angespanntes Verhältnis, auch wenn manche Vertreter des Staates oder Beobachter behaupten, es gäbe bei uns in Tadschikistan keine Probleme in den Beziehungen zwischen Staat und Religion. Aber wenn man offen und ehrlich darüber spricht, muss man zugeben, dass diese Probleme existieren. Trotzdem bleibe ich nach wie vor optimistisch, dass gemäßigte Köpfe in Tadschikistan einen Ausweg aus dieser Situation finden.

Es scheint, dass die Staatsmacht auf die Ereignisse im Herbst sehr nervös reagiert hat. Es gab zum Beispiel eine sehr undurchsichtige Informationspolitik, was die Opferzahlen im Gharm-Tal betraf. Der Zugang zu den Internet-Nachrichtenportalen Ferghana.ru und Avesta wurde gesperrt, die Zeitung Farasch musste die Arbeit einstellen. War die Staatsmacht sich selbst nicht sicher, wie mit den Ereignissen umzugehen sei?

Sie haben ganz recht, die Reaktion war in höchstem Maße nervös. Niemand hat sich eine solche Entwicklung der Ereignisse ausmalen können. Auch wenn viele darauf hingewiesen hatten, dass die Lage sich verschlechterte, sowohl was die Sicherheit betrifft, als auch die wirtschaftliche Entwicklung. Signale, dass eine schnelle Lösung notwendig sei, gab es aus zahlreichen Quellen. Trotzdem hofften viele, dass es schon gut gehen werde, dass man es in Tadschikistan, mit der bitteren Erfahrung des Bürgerkriegs, nicht noch einmal zur Instabilität kommen lassen würde. Als es

1 Muchiddin Kabiri hielt sich für einen Vortrag am Zentrum Moderner Orient in Berlin auf.

2 Ein ausführliches biographisches Interview in russischer Sprache mit Muchiddin Kabiri findet sich unter <http://www.asiaplus.tj/articles/203/2563.html>

passierte, haben tatsächlich bei vielen die Nerven versagt. Statt nach den Gründen für die Probleme und nach entsprechend adäquaten Lösungen zu suchen, gingen sie (die politische Führung – Anm. d. Redaktion) den schon bekannten Weg, also den Weg der Verbote und der Beschränkungen – nicht nur der Massenmedien. Sehr viele andere haben diesen Druck erfahren. Ich glaube, dass es heute, im hoch technologisierten 21. Jahrhundert, einfach unmöglich ist, den Zugang zu Informationen auf diese primitive Weise zu beschränken. Ganz im Gegenteil: das wird dazu führen, dass sich die Distanz zwischen der politischen Elite und der Öffentlichkeit vergrößern wird.

Natürlich verstehe ich, dass es in Kriegszeiten bestimmte Anforderungen gibt, und wir sollten von Seiten des Staates dann nicht erwarten, dass er nicht bestimmte zusätzliche Maßnahmen ergreift. Die Bevölkerung sollte dem mit Verständnis begegnen. Aber bei uns in Tadschikistan ist die Situation so, dass wir nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags eine Periode der Entwicklung hatten, und wir hatten uns daran gewöhnt, dass alle uns lobten, dass jetzt Frieden erreicht worden war und gegenseitiges Verständnis. Wir konnten uns eine solche Wendung der Ereignisse wie in jüngster Zeit gar nicht vorstellen. Es war uns selbst unbequem – wie hat man es nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens, nach dem Erreichen bestimmter Erfolge, soweit kommen lassen, dass plötzlich im Land wieder innere Konflikte und Instabilität ausbrechen? Das heißt, dass etwas nicht zu Ende gebracht wurde. Irgendetwas hat man vernachlässigt, und daraus sind Probleme entstanden. Es ist sehr schwer, sich das einzugestehen, sehr kompliziert. Daher auch die Nervosität, meiner Einschätzung der Situation zufolge.

### **Sie glauben also, dass die ungelösten Konflikte des Bürgerkriegs Ursache der jetzigen Ereignisse in Tadschikistan sind?**

Ich teile nicht die Meinung, dass der tadschikische Konflikt anhält, und sich von einem Zustand in einen anderen transformiert hat. Es gibt in der Fachwelt den Begriff »transforming conflicts« – 50 % der inneren Konflikte ändern ihr Aussehen, aber bestehen in der einen oder anderen Form weiter. Aber der tadschikische Konflikt ist in seiner Essenz abgeschlossen. Das, was jetzt bei uns jetzt passiert, hat einen gewissen Bezug zum alten Konflikt, aber ein neues Niveau, neue Gründe. Begünstigt wurde er von einigen ungelösten Aspekten des alten Konflikts. In meinen Augen haben wir und auch unsere internationalen Freunde den tadschikischen Konflikt zu schnell für beendet erklärt; selbst die Post-Konflikt-Phase hätten wir hinter uns, hieß es: Stellen Sie sich vor, dass wir selbst die internationalen Organisationen, die sich mit dem Friedensprozess befassen, gebeten haben, ihre Mission in Tadschikistan abzuschließen. Dafür gäbe es keinen Grund mehr: die Präsenz solcher internationaler Strukturen, die mit dem Monitoring der Maßnahmen des Friedensabkommens betraut waren, erinnere uns unentwegt an den Bürgerkrieg. Das hieße ja, dass wir den Prozess noch nicht zu Ende gebracht hätten. Deshalb haben auch die tadschikischen Bürger und Politiker darauf bestanden, dass dieses Thema für Tadschikistan abgeschlossen wird.

Tadschikistan wollte als ein Staat angesehen werden, der diesen Konflikt hinter sich hat und zu einem neuen Abschnitt seiner Entwicklung übergegangen ist. Scheinbar hat das Bestreben, den Bürgerkrieg schneller zu vergessen und einen neuen Abschnitt unserer Entwicklung einzuleiten, dazu geführt, dass wir hier einige Facetten vernachlässigt haben. Der Übergang von einem Abschnitt zum nächsten liegt schließlich nicht nur in der Unterzeichnung irgendwelcher Dokumente und Deklarationen, sondern betrifft das Leben der gewöhnlichen Bürger. Haben wir die Menschen auf diesen neuen Abschnitt vorbereitet oder nicht? Wir haben, zum Beispiel, die Flüchtlinge aus Afghanistan zurückgeholt. Das wurde ganz richtig gemacht, zur rechten Zeit. Diese Leute haben jetzt aber Tadschikistan nochmals verlassen, in ein anderes Land, nach Russland. Das heißt also, dass aus Zwangsmigranten freiwillige Migranten geworden sind. Die Migration als Problem aber bleibt. Mit der Frage der Integration (der Bürgerkriegsparteien – Anm. d. Red.) verhält es sich genauso. Im Osten des Landes zum Beispiel haben wir wieder ein Problem mit den ehemaligen Feldkommandeuren, die am Bürgerkrieg und danach am Friedensprozess teilgenommen haben, jetzt sind sie erneut zu alten Gewohnheiten zurückgekehrt. Hier kommt die Frage auf: Was ist der Grund dafür? Warum haben wir es nicht geschafft, diese Leute vollständig zu integrieren?

### **Und warum nicht?**

Ich glaube, diese Frage sollten Sie den Leuten stellen, deren Aufgabe die Integration gewesen ist. Denn wir haben damals in der Kommission zur Nationalen Versöhnung unsere Mission erfüllt; unsere Partei gab bekannt, dass sie keine bewaffneten Verbände mehr hat. Alle Kämpfer der Opposition wurden, entsprechend dem Vertrag und den Protokollen, in die Befehlsgewalt der offiziellen Strukturen überführt, sie wurden zu einem Teil der Staatsstrukturen und haben dort lange Jahre gedient. Einige dienen dort nach wie vor. Jetzt muss man die Menschen fragen, in deren Befehlsgewalt die Feldkommandeure waren: Was ist da passiert? Warum haben sie sich nicht als Teil dieses Prozesses gefühlt? Das ist äußerst wichtig.

Ich bin gerade aus London zurückgekehrt, wir haben dort die Frage diskutiert, wie nationale Versöhnung in Afghanistan erreicht werden kann, auch unter Berücksichtigung der Erfahrung anderer Staaten, darunter auch unseres tadschikischen Friedensprozesses. Ich habe dabei die Aufmerksamkeit ganz besonders auf die Post-Konflikt-Periode gelenkt. Einen Vertrag zur Versöhnung zu unterschreiben ist erst der halbe Weg. Das Wichtigste ist, wie er verwirklicht werden kann und was der konkrete Konflikttteilnehmer dadurch bekommt. Wenn die Elite oder nur ein bestimmter Teil der Konfliktparteien, gewisse politische, ökonomische oder rechtliche Dividenden erlangt und der überwiegende Teil der anderen Partei und die gewöhnlichen Bürger außen vor bleiben, dann könnte der Friedensprozess früher oder später einen Rückschritt erfahren. Ich fürchte, dass wir in Tadschikistan einen günstigen Moment haben verstreichen lassen.

**Sie haben gerade von den gewöhnlichen Bürgern gesprochen. Aktuell gibt es Anzeichen für neue Konflikte, die das alltägliche Leben der Bürger betreffen: Ich meine die vor kurzem eingeführten Mautzahlungen auf den Fernstraßen. Die Bewohner des Warsob-Tals sind auf die Straße gegangen, um gegen die Maut zu protestieren. Ich glaube, dass das für Tadschikistan in den letzten Jahren ein einzigartiges Ereignis gewesen ist: gewöhnliche Bürger haben sich selbst organisiert, um ihren Problemen lautstark Ausdruck zu verleihen.**

Ich glaube nicht, dass es sich hierbei um eine organisierte Bewegung gehandelt hat. Die Menschen haben aus purer Ausweglosigkeit so gehandelt. Sie haben verschiedene Instanzen angeschrieben, darunter den Präsidenten. Sie haben an das Madschlis-i Namojandagon, das Parlament, geschrieben, haben Forderungen gestellt. Wie sollen denn Bürger, die in diesem Bezirk leben, von ihrem Dorf ins Nachbardorf fahren, wenn die Straße mautpflichtig ist? Sie denken: Warum muss ich in meiner Heimat, aus unerklärlichen Gründen irgendjemandem Geld zahlen?

Ich glaube, die Menschen in Tadschikistan haben wegen des Bürgerkriegs aufgehört zu protestieren. Ich glaube aber nicht, dass dieser Zustand lange anhalten kann, denn die Protestierenden sind heute andere Menschen. Wahrscheinlich wird heute aus religiösen Gründen niemand demonstrieren. Es wird vielleicht inneren, stillen Protest geben. Aber die religiösen Menschen werden, selbst wenn der Druck auf die Religion erhöht wird, nicht auf die Straße gehen. Der Bürgerkrieg hat dazu geführt, dass die Religion für alles angeklagt wird. Islamische Aktivisten und jeglicher religiöser Protest werden auf härteste Weise unterdrückt werden. Die kommenden Proteste werden in meinen Augen eher einen sozioökonomischen Charakter haben. Und ganz andere Akteure, ganz andere Menschen werden daran teilnehmen. Das werden nicht die Parteien oder Bewegungen sein, die für gewöhnlich als oppositionell bezeichnet werden.

Heute wendet die Staatsmacht ihre ganze Aufmerksamkeit der gewöhnlichen, öffentlichen Opposition, insbesondere den religiösen Gruppen, zu, als ginge die potentielle Bedrohung der Stabilität von ihnen aus. Dabei vergisst sie, dass die Religion aus sich selbst heraus keine potentielle Gefahr darstellen kann, weder in Tadschikistan, noch in der Region. Aber sie kann zu einem wichtigen Faktor werden, wenn es aufgrund eines sozialen Konflikts zu einer Detonation kommt. Und dann kann die Religion in Zukunft zu einem wichtigen Faktor für das Protestpotential werden. Aber heute denke ich, dass es keine organisierte Struktur des Protests in Tadschikistan gibt und auch nicht geben darf. Ich glaube, dass wir zivilisiertere Methoden finden müssen, um für unsere Rechte zu kämpfen, für unsere bürgerlichen, religiösen, sozialen und ökonomischen Rechte.

**Sie haben schon kurz die Migration erwähnt, etwa die Menschen, die während des Bürgerkrieges nach Afghanistan geflohen waren und jetzt zu Hunderttausenden als Arbeitsmigranten nach Russland gehen. Sie waren in Russland, Sie haben diese Menschen getroffen. Was glauben Sie, wie hat sich ihre Weltsicht in der Migration verändert und wie verändern sie Tadschikistan nach ihrer Rückkehr?**

Die Migration ist ein vielschichtiger Prozess und seit langem Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Man ist zu dem Schluss gekommen, dass Menschen in der Migration stärker politisiert werden als Bürger, die ihre Heimat nicht verlassen. Dabei ist der Prozess der Politisierung der Migranten oft von Radikalisierung begleitet. Vor zwei Monaten, während des Fastenmonats Ramadan, haben wir eine Delegation zu unseren Migranten geschickt, um ihnen zum Ramadan-Fest zu gratulieren. Als ich die Berichte darüber las, war ich schockiert: Unsere Migranten sind deutlich radikaler als Menschen hierzulande. Dabei sind sie nicht radikal in ihrem Verhältnis zu dem Land, in dem sie jetzt leben, also etwa zu Russland, sondern in ihrem Verhältnis zu dem, was sich zurzeit in ihrer Heimat abspielt. Und die Fragen, die sie der Führung unserer Partei gestellt haben, waren recht kompliziert und sehr konkret. Die Mitglieder unserer Partei in Tadschikistan stellen solche Fragen niemals so konkret. Sie fordern auch keine strikten, radikalen Aktionen oder Proteste. Aus Migrantenkreisen bekommen wir jedoch solche Signale.

**Zum Beispiel?**

Zum Beispiel fordern sie, dass unsere Partei die religiösen Rechte der Bürger konkreter und beharrlicher verteidigt. Es missfällt ihnen, dass ihre Töchter und Schwestern in Tadschikistan Universitäten nicht im Hidschab besuchen können. Oder dass der Zugang von Kindern/Frauen zu Moscheen zurzeit eingeschränkt ist. Wahrscheinlich denken auch in Tadschikistan sehr viele, dass auf genau diese Weise ihre Rechte beschnitten werden. Aber entweder sprechen sie nicht darüber, oder wenn, dann in sehr abgeschwächter Form. Denn, weil sie in unserer Nähe sind, verstehen sie die Lage und verlangen deswegen nur das Mögliche von uns. Die Leute in der Migration hingegen verstehen oft nicht, wie die Situation im Land ist. Sie befinden sich in einem fremden Land, in einem freieren Milieu, und sehen, dass die Menschen um sie herum ihre religiösen Rechte freier wahrnehmen können.

In Russland zum Beispiel wurde noch niemand für das Tragen des Hidschabs aus der Universität gejagt. Es gibt auch keine Beschränkungen für Kinder, die Moschee zu besuchen. Sie vergleichen ihr Leben in Russland mit dem in Tadschikistan und sie denken, dass wir durchsetzungsstärker agieren sollten, beharrlicher, angesichts dieser Rechtsverstöße. Und dieser Aspekt der Migration macht uns Sorgen. Natürlich ist sie ein Segen, weil die Migranten Geld verdienen und es nach Hause schicken, das ist eine gute Sache. Aber wer wird ihr Denken kontrollieren, wer wird mit ihnen arbeiten? Werden sie den offiziellen Strukturen vertrauen? Und wenn nicht, welche öffentliche Organisation soll sich ihrer annehmen? Werden die staatlichen Organe in Duschanbe oder Moskau einverstanden sein, wenn wir uns mit den Migranten beschäftigen? Oder sehen sie darin irgendeine Bedrohung für sich? Wenn unsere Partei sich stärker im Milieu der Migranten engagiert, hieße das dann, dass wir unsere Wählerschaft und soziale Basis vergrößern würden? Das ist eine sehr vielschichtige Frage und wir müssen uns sehr vorsichtig damit auseinandersetzen.

**Wenn die Migranten nach Tadschikistan zurückkehren, dann tun sie es also mit einer höheren politischen Bildung und wachsenden Forderungen nach der Anerkennung von Religion?**

Wissen Sie, ich glaube nicht, dass sie mit besonders radikalen Ideen zurückkehren. Wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, verstehen sie sehr schnell, dass die Situation hier anders ist und sie die Freiheiten, die sie als Muslime außerhalb von Tadschikistan und außerhalb der Region hatten, auch dort zurücklassen. Aber solange sie in der Migration sind, senden sie radikalere Signale. Das ist das Erste. Zweitens muss man noch einen Aspekt berücksichtigen: Warum radikalisieren sich Migranten? Weil ihre Rechte sowohl in ihrer Heimat beschnitten werden, als auch in der Migration. In Russland, Kasachstan oder anderen Staaten, in den unsere Migranten arbeiten, ist auch nicht alles ideal. Wenn ein Mensch nur Verstöße gegen seine Rechte erfährt, dann entwickelt er ein Protest beladenes Verhältnis zu allem, was ihn umgibt. Er sucht Auswege und es ist verständlich, dass eine Alternative – eine einfache und zugängliche Alternative – die Religion ist. Der Mensch wendet sich direkt an Gott und wenn er weder Zugang zur Rechtsprechung hat, noch zu den Staatsorganen und das fern der Heimat, dann wird er Gott überall finden, in Russland, in Tadschikistan oder in Kasachstan. Warum werden die Menschen denn gerade in der Migration religiöser? Weil es die einzige moralische Stütze für die Migranten ist. Und wir, als eine politische und religiöse Partei, tragen Verantwortung für unsere Bürger nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch in der Migration. Deswegen haben wir auch damit angefangen, uns der Migranten anzunehmen. Weil sie eines Tages ins Land zurückkehren werden und Einfluss ausüben werden auf die Prozesse im Land. Es wäre gut, wenn auch andere Parteien Kontakte zu Migranten pflegen würden, damit sie sich als ein Teil unseres tadschikischen Lebens fühlen. Ansonsten wird die Entfremdung dazu führen, dass sie alles, was bei uns im Land passiert, von einem Standpunkt des Protests bewerten werden.

**Noch eine letzte Frage, ebenfalls zur Arbeitsmigration. Heute fahren immer mehr Menschen nicht mehr nach Russland, sondern in arabische Staaten, etwa nach Katar oder in die Vereinigten Arabischen Emirate, mit denen auch Verträge über Arbeitsmigration abgeschlossen wurden. Was für Folgen hat eine verstärkte Arbeitsmigration in diese Länder?**

Nein, ich glaube nicht, dass viele unserer Bürger in arabischen Staaten arbeiten. Das war eher ein PR-Coup. Sicher haben die Massenmedien darüber geschrieben. Sicher wurden Verträge abgeschlossen und erste Gruppen sind auch dorthin gefahren, aber jetzt ist alles auch abgeschlossen. Somit bleiben Russland und die anderen GUS-Staaten die wichtigsten Zielländer. Ich glaube nicht, dass mehr als eintausend Personen in arabischen Staaten arbeiten, eher weniger. Deswegen sollte man diesen Prozess, also die Migration in arabische Staaten, nicht als ein ernsthaftes Phänomen betrachten, dem ist nicht so.

**Haben Sie vielen Dank für das Gespräch.**

*Die Fragen stellte Wladimir Sgibnev.*